

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt)
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 Die Klimakrise führt zu einschneidenden Veränderungen in der Welt – schon heute. Für
- 2 Millionen von Menschen weltweit ist die Erderwärmung längst kein theoretisches Phänomen
- 3 mehr. Tagtäglich erleben sie die Zerstörung ihrer Gegenwart. Klimakrise bedeutet für sie
- 4 Wüstenbildung, Ernteverlust, Versalzung der Böden, Wasserknappheit, Überschwemmung oder
- 5 Hitzewelle. Extreme Wetterereignisse nehmen zu, Ökosysteme und Lebensgrundlagen werden
- 6 zerstört, Hunger und Armut verschärft.
- 7 Klimakrise, das ist aber auch der unermessliche Verlust von sicherem Zuhause, von Heimat,
- 8 von jahrtausendealten Kulturgütern. Die Zahl der Vertriebenen durch klimabedingte Ereignisse
- 9 hat sich seit den 70er-Jahren vervierfacht. Heute werden innerstaatlich mehr Menschen durch
- 10 umweltbedingte Katastrophen wie Fluten und Stürme als durch Gewalt und Konflikte vertrieben.
- 11 Das Internal Displacement Monitoring Centre geht in der Zeit von 2008 bis 2017 von
- 12 durchschnittlich mehr als 24 Millionen erstmals Vertriebenen pro Jahr aus. Tendenz:
- 13 steigend.
- 14 Mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2015 und der Verabschiedung des
- 15 Regelbuchs in Kattowitz hat die Staatengemeinschaft die Klimakrise als gemeinsame, globale
- 16 Herausforderung anerkannt und sich darauf verständigt, die Erderwärmung auf unter zwei Grad
- 17 Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius bis 2100 zu beschränken. Expert*innen zufolge
- 18 befinden wir uns momentan auf dem Weg hin zu einer Erderwärmung von mindestens 3,2 Grad
- 19 gegenüber vorindustrieller Zeit. Zahlreiche Schätzungen liegen deutlich höher. Bereits zwei
- 20 Grad Erderwärmung würden derweil ausreichen, um ganze Staaten wie das im Pazifik liegende
- 21 Tuvalu komplett verschwinden zu lassen.
- 22 Als – historisch wie aktuell – Hauptmitverursacher der Erderwärmung und als weltweit
- 23 einflussreiche Multiplikatoren kommt es vor diesem Hintergrund ganz entscheidend auf
- 24 Deutschland und die Europäische Union an. Die eigene, ambitionierte Umsetzung des Pariser
- 25 Klimaabkommens und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung müssen oberste Priorität
- 26 erlangen. Wir müssen mit bestem Beispiel vorangehen, internationaler Vorreiter im
- 27 Klimaschutz werden und die globale Nachhaltigkeitsagenda spürbar beschleunigen. Das jüngst
- 28 verabschiedete, völlig unzureichende „Klimapaket“ und der erschreckende Mangel greifbarer
- 29 Ergebnisse im Rahmen des letzten High Level Political Forum zur Umsetzung der nachhaltigen
- 30 Entwicklungsziele haben erneut gezeigt: Die aktuelle Bundesregierung wird dem nicht
- 31 ansatzweise gerecht.
- 32 Dabei wird das Zeitfenster, in dem wir noch gegensteuern können, um die schlimmsten Folgen
- 33 der Klimakrise abzumildern, bedrohlich klein. Wir bleiben deshalb dabei: Deutschland muss
- 34 eine umfassende Kehrtwende in allen Sektoren einleiten, ein besonderes Augenmerk auf
- 35 Politikkohärenz und strukturelle Reformen legen – und auf den Kurs zur Einhaltung der
- 36 Pariser Klimaziele und der Nachhaltigkeitsziele einlenken.

Selbst im besten Fall aber – wenn also die Emissionen drastisch reduziert werden sollten – werden weiterhin und vermehrt Menschen im Kontext der Klimakrise ihr bisheriges Zuhause verlassen müssen, um überleben zu können. Entsprechend ist und bleibt es zwar selbstverständlich unsere Priorität, die Klimakrise mit allen Mitteln einzudämmen und dafür zu sorgen, dass möglichst wenige Menschen ihre bisherige Heimat überhaupt verlassen müssen.

Letzten Endes ist es aber auch unsere Aufgabe und Verantwortung als Industriestaaten, eine Antwort auf die Phänomene klimabedingter Migration und Flucht zu geben.

Global gerecht handeln, Menschenrechte schützen

In vielfacher Hinsicht ist die Klimakrise eine Krise der globalen Gerechtigkeit: Während sich auch bei uns die extremen Wetterereignisse verdichten, trifft die Klimakrise in erster Linie den globalen Süden – und damit just jene Regionen dieses Planeten, die historisch betrachtet am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. In den betroffenen Regionen wiederum sind besonders jene betroffen, deren Existenz auf natürlichen Ressourcen beruht und die die geringsten Möglichkeiten haben, sich vor Naturgefahren zu schützen oder auf klimatische Veränderungen zu reagieren: Frauen, Kinder, Minderheiten.

Dabei wirkt die Klimakrise nicht nur unmittelbar auf die Lebensrealität vor Ort ein, sondern verschärft bereits bestehende Probleme zum Teil erheblich. Konflikte um immer knappere Ressourcen nehmen zu. Elementare Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung, Wasser, Wohnen, Bildung, Gesundheit, eine saubere Umwelt und ein Leben in Würde – Menschenrechte also, die im globalen Süden ohnehin unter besonderem Druck stehen – werden infolge der Klimakrise zunehmend verletzt.

Der klimapolitische Stillstand der Industrienationen ist somit auch deshalb nicht weiter hinnehmbar, da der Status Quo zu einer steten Verletzung universeller Menschenrechte in anderen Teilen der Welt führt. Im Umkehrschluss sind die konsequente, gender-responsive und inklusive Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung nicht nur klima- oder entwicklungspolitisch geboten – sondern Ausdruck historischer Verantwortung, globaler Gerechtigkeit und des Menschenrechtsschutzes zugleich.

Mit dem Pariser Klimaabkommen haben wir uns dem Ziel der Klimagerechtigkeit verpflichtet. Auf Grundlage „gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortlichkeiten“ wurde vereinbart, dass Länder mit großem ökologischem Fußabdruck entsprechend Verantwortung übernehmen und mit

den Ländern des globalen Südens nach gemeinsamen Lösungen suchen. Die konsequente Implementierung der vereinbarten Maßnahmen ist also bei Weitem kein Almosen. Vielmehr stehen

wir – historisch, aber auch vertraglich – in der Verantwortung für Weltzusammenhänge, die wir mitverursacht haben und weiterhin mit verursachen.

Das bedeutet dann auch, aktiv die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte einzufordern

und zu verteidigen. Beides nämlich – der Schutz der Menschenrechte und der Einsatz gegen die Klimakrise – sind zwei Seiten derselben Medaille, führt die Klimakrise doch ebenso zu

Menschenrechtsverletzungen wie letztere die Anpassung an die Klimakrise erschweren. Die Kriminalisierung von Menschen- und nicht zuletzt Frauenrechtsverteidiger*innen weltweit

76 erfordert eine gleichsam deutliche und spürbare Reaktion der internationalen
77 Staatengemeinschaft wie die systematische Verfolgung der derzeit besonders gefährdeten
78 Landrechts- und Umweltaktivist*innen.

79 Natürlicherweise kommt vor diesem Hintergrund dem UN-Menschenrechtsrat sowie
bestehenden UN-
80 Sonderberichterstatte*innen – für Umwelt und Menschenrechte, für die Menschenrechte von
81 Migrant*innen, für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen – eine entscheidende Rolle zu.
82 Wir setzen uns dafür ein, dass Menschenrechtsverstöße im Kontext der Klimakrise nicht
83 zuletzt auf UN-Ebene noch sehr viel stärker in den Fokus rücken, genauer klassifiziert und
84 menschenrechtliche Entwicklungen im Kontext klimabedingter Migration und Flucht gezielter
85 beobachtet werden.

86 Zugleich setzen wir uns für eine völkerrechtliche Verankerung der UN-Leitprinzipien für
87 Wirtschaft und Menschenrechte ein. Der bisherige Ansatz, auf unternehmerische
88 Selbstverpflichtung zu setzen, ist gescheitert. Eine wirksame Ausrichtung globaler
89 Produktions- und Lieferprozesse auf die strikte Einhaltung der völkerrechtlich verbrieften
90 Menschenrechte – inklusive der Menschenrechte dritter Generation, insbesondere des Rechts
91 auf eine saubere Umwelt – setzt ein verbindliches UN-Rahmenwerk voraus. Vor diesem
92 Hintergrund bietet insbesondere der Binding-Treaty-Prozess auf Ebene der Vereinten Nationen
93 die konkrete Chance, ein globales und rechtsverbindliches Abkommen zu erreichen. Diesen
94 Prozess wollen wir unterstützen.

95 **Resilienzaufbau und Anpassungsmaßnahmen verstärken, Schäden und Verluste kompensieren**

96 Mit dem Pariser Klimaabkommen und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung haben sich
97 Deutschland und andere Industrienationen dazu verpflichtet, die Gefahren für die
98 verletzlichsten Menschen abzuwenden und deren Widerstandskraft gegen die Erderwärmung
99 stärken zu helfen. Das bedeutet, von der Klimakrise besonders betroffene Länder technisch
100 wie finanziell zu unterstützen und sie nicht mit den Folgen der Erderwärmung allein zu
101 lassen. Deutschland und die Europäische Union sollten sich international dafür stark machen,
102 dass den vom Klimawandel betroffenen Menschen in ihren Heimatländern eine umfangreiche
103 internationale Unterstützung zur Anpassung an den Klimawandel und eine gerechte
Kompensation
104 für entstandene Schäden zukommt.

105 Die bisher für den Green Climate Fund international zugesagten 100 Milliarden US-Dollar
106 jährlich ab 2020 decken nicht annähernd die bestehenden und zu erwartenden Bedarfe – umso
107 mehr, als ausdrücklich nur Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen abgedeckt sind, der
108 Ausgleich von Schäden und Verlusten (Loss and Damage) aber nicht. Wir setzen uns dafür ein,
109 dass die 100 Milliarden US-Dollar nicht nur sichergestellt, sondern aufgestockt werden,
110 explizit auch für Maßnahmen zur Prävention und Reduktion klimabedingter Vertreibung. Konkret

111 wollen wir den deutschen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung auf den fairen Anteil
112 von jährlich acht Milliarden Euro anheben und langfristig ohne Verrechnung mit der
113 Entwicklungszusammenarbeit darstellen. Dazu wollen wir jährlich 1,2 Milliarden Euro
114 zusätzlich für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit sowie 800 Millionen Euro für den
115 internationalen Klima- und Biodiversitätsschutz bereitstellen.

116 Zugleich wollen wir zusätzliche Mittel für Schäden und Verluste, unter anderem auch für
 117 Umsiedlungen im Rahmen klimabedingter Migrationsbewegungen, bereitstellen. Dazu wollen
 wir
 118 einen globalen Verursacherfonds zur fairen Lastenverteilung schaffen. Vorschläge
 119 einschlägiger Expert*innen zu dessen teilweisen Finanzierung reichen von einer Climate
 120 Damages Tax über eine international erhobene Abgabe auf Flugtickets bis hin zum anteiligen
 121 Ertrag aus Steuern auf CO₂, Finanztransaktionen oder Vermögen. Entsprechende Debatten
 gehen
 122 nur schleppend voran; auch die Bundesregierung agiert, gemessen an der tatsächlichen
 123 Dringlichkeit, sträflich zurückhaltend. Das wollen wir ändern. Wir wollen, dass sich
 124 Deutschland proaktiv an einer zielgerichteten Debatte über die Einrichtung eines globalen
 125 Verursacherfonds, über dessen Ausmaß, über eine Beitragsgewichtung gemäß
 Verursacherprinzip
 126 sowie über mögliche Finanzierungsinstrumente beteiligt. Spürbarer Fortschritt auf diesem
 127 komplexen Gebiet ist überfällig und dürfte entscheidend sein für die Frage, ob wir es als
 128 internationale Staatengemeinschaft schaffen, die Erderwärmung nicht nur drastisch
 129 einzudämmen, sondern unsere globale Antwort auf die Klimakrise solidarisch und gerecht
 130 auszugestalten.

131 Ebenso wird es darauf ankommen, effektiven Rechtsschutz für diejenigen zu ermöglichen, die
 132 durch die Folgen der Klimakrise konkrete Schäden und Verluste erleiden – insbesondere,
 133 solange die Verursacherstaaten selbst nicht bereit sind, ausreichende finanzielle Mittel für
 134 den Umgang mit Loss and Damage zur Verfügung zu stellen. Deshalb setzen wir uns für die
 135 Stärkung des Rechtswegs und des Instruments der Klimaklagen ein, unter anderem indem wir
 136 finanzielle Mittel für Pionierklagen und strategische Prozessführung bereitstellen. Auch
 137 wollen wir die Debatte um Klimarisikoversicherungen aktiv vorantreiben und dazu beitragen,
 138 diese gemäß Verursacherprinzip auszugestalten und in ein breiteres Konzept zur
 139 Risikominimierung einzubetten.

140 Schließlich wollen wir im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe
 141 gezielt Risikoregionen auf klimatische Veränderungen und den Katastrophenfall vorbereiten
 142 helfen. Unter anderem wollen wir in Frühwarnsysteme investieren und Partnerländer dabei
 143 unterstützen, die Schaffung eines erhöhten Bewusstseins für umwelt- und klimapolitische
 144 Belange im Bildungs- und Ausbildungswesen voranzutreiben. Außerdem setzen wir uns dafür
 ein,
 145 dass Maßnahmen zur Risikominderung in den jeweiligen nationalen Systemen verankert und mit
 146 wirksamen Rechtsvorschriften untermauert werden.

147 **Migration, Flucht und Vertreibung im Kontext der Klimakrise**

148 Selbst, wenn wir es schaffen sollten, die Ziele von Paris vollumfänglich einzuhalten, bleibt
 149 die Erderwärmung eine Realität. Menschen werden gezwungen sein, umzusiedeln – weil ihr
 Boden
 150 vertrocknet, weil durch den steigenden Meeresspiegel ihre Häuser unterspült werden, weil der
 151 nahegelegene Staudamm unter der Last der schmelzenden Gletscher zu bersten droht. Die
 152 Internationale Organisation für Migration (IOM) definiert klimabedingte Migrant*innen vor
 153 diesem Hintergrund als „Personen oder Personengruppe, die aufgrund plötzlicher oder
 154 fortschreitender deutlicher Veränderungen der ihr Leben beeinflussenden Umwelt- und

155 Lebensbedingungen gezwungen sind oder sich veranlasst sehen, ihre Heimat zu verlassen, sei
156 es zeitweise oder permanent, und die sich innerhalb ihres Heimatlandes oder über dessen
157 Grenzen hinaus bewegen“.

158 Wie viele Menschen letztlich betroffen sein werden, ist schwer zu erfassen. Aktuelle
159 Schätzungen variieren stark. Denn erstens wissen wir nicht, wie hoch die Erderwärmung
160 letztlich ausfallen wird. Zweitens hängt vieles davon ab, wie verletzlich Menschen im
161 jeweiligen Einzelfall gegenüber Klimaveränderungen sind – und wie gut sie sich daran
162 anpassen können. Drittens erfolgt Migration, so es denn tatsächlich dazu kommt, in den
163 seltensten Fällen aus nur einem, trennscharf zu ermittelndem Grund. Persönliche Erwägungen,
164 Umweltaspekte und die Klimakrise stehen in einem komplexen Verhältnis zueinander. Umwelt-
165 und Klimaveränderungen verlaufen oft schleichend, was die Ermittlung einer konkreten
166 Kausalität weiter erschwert. Und es muss auch nicht jede Entscheidung, sein Zuhause zu
167 verlassen, endgültig sein. Kurzum: Klimabedingte Migration ist ein komplexer Prozess.

168 Entsprechend unterschiedlich sind aktuelle Modellrechnungen. Die jüngste Studie des UN-
169 Klimarats (IPCC) geht davon aus, dass selbst beim Erreichen des zwei-Grad-Ziels bis zum Jahr
170 2050 bis zu 280 Millionen Menschen vertrieben werden, innerhalb ihres jeweiligen Landes und
171 über die Grenzen hinaus. Die Weltbank wiederum geht in ihrer Groundswell-Studie aus dem
Jahr
172 2018 von einem Szenario von 140 Millionen klimabedingt Vertriebenen allein in Sub-Sahara-
173 Afrika, Südasien und Südamerika bis 2050 aus. Allerdings legt sie auch dar, dass circa 80
174 Prozent der Vertreibung durch ambitionierte Minderung und Anpassung vermeidbar seien. In
175 jedem Fall wird es darauf ankommen, die bestehenden Datenlücken auf dem Gebiet der
176 klimabedingten Migration, Flucht und Vertreibung bestmöglich zu schließen und entsprechende
177 Forschungsvorhaben zu unterstützen – gerade auch mit Blick auf komplexe Phänomene wie
178 Migrationsbewegungen infolge schleichender Umweltveränderungen. Dafür machen wir uns
stark.

179 Gleichzeitig gibt es Situationen, die sich deutlich klarer darstellen lassen. Insbesondere
180 die Bewohner*innen tiefergelegener Inselstaaten, vor allem im Pazifik, sind mit der
181 Notwendigkeit einer mittelfristigen Umsiedlung sehr direkt konfrontiert. Erderwärmung
182 bedeutet für sie nicht nur den Verlust von materiellen Gütern und Staatsgebiet, womöglich
183 gar von de facto oder de jure Staatsangehörigkeit; die Klimakrise wird mit allerhöchster
184 Wahrscheinlichkeit auch hohe finanzielle Kosten verursachen – und die Aufgabe von heiligem
185 Land und traditioneller Lebensweise, von Kultur und Souveränität bewirken. All das gilt es,
186 frühzeitig und planbar anzugehen. Das Unvermeidbare wird nicht vermieden werden, indem wir
187 uns einer vorausschauenden Reaktion verweigern.

188 Die Unterscheidung und Analyse unterschiedlicher Formen klimawandelbedingter
189 Wanderungsbewegungen jedenfalls sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass wir adäquate
190 Instrumente und Politiken entwerfen. Insbesondere wird es darauf ankommen, dass wir
191 Möglichkeiten vorausschauender Planung für die Betroffenen schaffen; dass diese also
192 selbstbestimmt und frühzeitig über eine mögliche Umsiedlung entscheiden können; dass es
aber

193 auch Orte gibt, an denen sie sich niederlassen können. Andererseits wird es natürlich auch
194 zu Situationen plötzlicher Flucht im Kontext der Klimakrise kommen, nach Stürmen oder
195 Überschwemmungen zum Beispiel – die erwiesenermaßen durch die Klimakrise verstärkt oder
196 beschleunigt werden.

197 Erste konkrete Fallbeispiele unterstreichen vor diesem Hintergrund die Komplexität und
 198 Vielschichtigkeit klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung. In Äthiopien
 199 beispielsweise spricht das Auswärtige Amt von fast drei Millionen Binnenvertriebenen.
 200 Darunter seien nach Schätzungen rund eine halbe Million aufgrund von klimatischen Faktoren,
 201 primär infolge anhaltender Dürre geflohen. Andere Expert*innen gehen hingegen von circa 1,4
 202 Millionen Menschen aus, die im Kontext der Klimakrise vertrieben wurden.

203 In jedem Fall wirkt die Klimakrise in Äthiopien wie ein Multiplikator bereits bestehender
 204 Probleme und Konflikte; sie interagiert mit anderen Faktoren auf vielfache Weise und führt
 205 zu wechselseitiger Verstärkung. Nichtstun ist keine Option. Die internationale Gemeinschaft,
 206 allen voran die Industriestaaten müssen Antworten finden auf Fragen von Verantwortlichkeit
 207 und Schutzbedarfen, von globaler Gerechtigkeit, von völkerrechtlichen Handlungsoptionen. Wir
 208 wollen uns dieser Mammutaufgabe stellen.

209 **Bestehende internationale Prozesse unterstützen, Ownership und Koordinierung** 210 **sicherstellen**

210 Im Bereich der klimabedingten Migration, Flucht und Vertreibung bestehen international
 211 bereits unterschiedlichste politische Prozesse, Plattformen und Mechanismen. Innerhalb der
 212 internationalen Klimaarchitektur gibt es den Warschau-Mechanismus für Verluste und Schäden,
 213 der im Rahmen der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) eine Taskforce on Displacement
 eingerichtet

214 hat. Diese hat erste Empfehlungen schon vorgelegt. Ein Mitglied der Taskforce wiederum ist
 215 die Platform on Disaster Displacement als eine staatsgeleitete Plattform mit Sitz in Genf,
 216 die mit verschiedenen Stakeholdergruppen mögliche Lösungsansätze im Bottom-up-Verfahren
 217 entwickelt sowie zur Verbesserung der globalen Datenlage und -analyse beiträgt. Sie hat sich
 218 insbesondere der Förderung des Austauschs bestehender guter Praktiken zwischen beteiligten
 219 Staaten und Akteur*innen verschrieben, die Katastrophenvertriebenen bereits seit Jahren
 220 freiwillig und basierend auf solidarisch-humanitären Erwägungen grenzüberschreitend
 Aufnahme

221 und Schutz gewähren. Dabei treibt die Plattform die Umsetzung der Empfehlungen der Agenda
 222 for the Protection of Cross-Border Displaced Persons in the Context of Disaster and Climate
 223 Change, also der Nansen-Schutzagenda international voran und setzt sich beispielsweise dafür
 224 ein, dass deren Ansätze in internationalen Verträgen verankert werden.

225 Wir werten es als großen Fortschritt, dass im Dezember 2018 der Komplex klimabedingter
 226 Migration, Flucht und Vertreibung im Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre
 227 Migration sowie im Globalen Pakt für Flüchtlinge aufgenommen wurde. Bedauerlicherweise
 228 bleibt die Umsetzung dieser Vereinbarungen für die Vertragsstaaten nur freiwillig, der
 229 internationale Wille dazu zögerlich. Wir sprechen uns für eine konsequente Implementierung
 230 und eine angemessene finanzielle wie strukturelle Unterstützung auch durch die deutsche
 231 Bundesregierung aus.

232 Eines jedenfalls ist offenkundig: Es wird den einen großen internationalen Wurf zum Umgang
 233 mit klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung auf absehbare Zeit nicht geben. Wir
 234 machen uns deshalb dafür stark, dass Deutschland bestehende Arbeitsprozesse nach Kräften
 235 politisch und finanziell unterstützt, sich gegenüber anderen Staaten insbesondere aus dem
 236 Kreis der Industrieländer für diese Prozesse einsetzt, deren enge Anbindung an
 237 Zivilgesellschaft und Forschung sicherstellt sowie gemeinsam mit möglichst vielen weiteren
 238 Staaten bislang erarbeitete Empfehlungen und bestehende effektive Praktiken tatsächlich auch

umsetzt. Unter anderem wollen wir die Empfehlungen aus dem Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration sowie dem Globalen Pakt für Flüchtlinge auf nationaler wie europäischer Ebene vorantreiben. Auch die Empfehlungen der Taskforce on Displacement wollen wir aufgreifen und in nationale wie europäische Politik integrieren.

Sämtliche Projekte und Politiken zum Schutz von klimabedingt Vertriebenen müssen dabei einem menschenrechtsbasierten, partizipativen Ansatz folgen und die Rechte der besonders verletzlichen Menschen sicherstellen. Gerade weil Frauen und Mädchen, marginalisierte Gruppen und nicht zuletzt Indigene auf besondere Weise von der Klimakrise betroffen sind, wollen wir ihnen eine Schlüsselfunktion in der Bewältigung zukommen lassen. Durch ihre Lebenssituation sind sie oft die Ersten, die sich anpassen müssen, entwickeln das entsprechende Wissen und Können – was sie zu Expert*innen und Gestalter*innen eines nachhaltigen Wandels werden lässt.

Auf dem Weg hin zu Lösungsansätzen ist auch die Selbstbestimmung der betroffenen Staaten essentiell. Der überwiegende Teil klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung findet jeweils innerhalb eines betroffenen Landes oder in der Region statt. Umso zentraler wird es sein, alle Debatten und Verhandlungen über eine vorausschauende und planbare Umsiedlung, über Versorgung und Integration, über regionale Lösungsansätze und Mechanismen gemeinsam mit den Betroffenen zu führen, Ownership sicherzustellen und die notwendige Finanzierung gemeinsam zu garantieren.

Zugleich finden auch innerhalb und zwischen den einzelnen Arbeitsprozessen grundlegende Überlegungen statt, wie sich die vielen Multi-Stakeholder-Prozesse auf den unterschiedlichen Ebenen noch kohärenter koordinieren ließen. Dieses Ansinnen unterstützen wir ausdrücklich. Nicht etwa im Widerspruch zum bestehenden Bottom-up-Ansatz; auch nicht, um einzelne Initiativen institutionell zu binden; sehr wohl aber mit dem Ziel, dem Bereich klimabedingter Vertreibung die notwendige Aufmerksamkeit zu verschaffen sowie perspektivisch internationales Engagement und staatliche Verbindlichkeit auf Ebene aller Unterzeichnerstaaten der UN-Klimarahmenkonvention zu steigern. Vor diesem Hintergrund machen

wir uns dafür stark, die Themenkomplexe „Schäden und Verluste“ sowie „klimabedingte Migration, Flucht und Vertreibung“ – und damit die Arbeit der Taskforce on Displacement im Rahmen der UNFCCC-Architektur – systematisch und in angemessenem Umfang auf der Tagesordnung der jährlichen UN-Klimakonferenzen zu verankern. Auch unterstützen wir die unter anderem von

der Plattform on Disaster Displacement geäußerte Idee, die Koordinierung innerhalb der Vereinten Nationen sowie zwischen deren Agenturen zusätzlich durch die Einberufung eines Sonderbeauftragten (Special Representative) beziehungsweise eines Sonderberaters (Special Advisor) für klimabedingte Migration, Flucht und Vertreibung in der Struktur des UN-Generalsekretariats zu verbessern.

Klimabedingte Migration: sicher, selbstbestimmt, planbar

276 Der Umgang mit Migration wird in Zeiten der Klimakrise zu einem ethischen Prüfstein für die
277 internationale Staatengemeinschaft. Was für Migration im Allgemeinen gilt, gilt auch im
278 Kontext der Klimakrise: Wir müssen Wege eröffnen, klimabedingte Migration sicher,
279 selbstbestimmt und möglichst planbar zu gestalten. Ganz im Sinne von Artikel 13 der
280 Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte setzen wir uns dafür ein, dass umweltinduzierte
281 beziehungsweise klimabedingte Migration rechtzeitig, würdevoll, selbstbestimmt, sicher und
282 vor allem legal ermöglicht wird – und dass den Betroffenen das Recht garantiert wird,
283 innerhalb ihres Landes, in der Region und gegebenenfalls über die eigene Region hinaus
284 umzusiedeln.

285 Die Umsetzung des Globalen Paktes für sichere, geordnete und reguläre Migration ist da ein
286 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Insgesamt müssen sich Deutschland und Europa
287 deutlich stärker engagieren – bilateral ebenso wie im Rahmen internationaler Kooperationen.
288 Unter anderem haben wir deshalb ein Konzept für ein modernes Einwanderungsrecht mit
289 Punktesystem vorgelegt und sprechen uns für eine vereinfachte, gegebenenfalls auch
temporäre
290 Arbeitsmigration aus – grundlegend und im Kontext der Klimakrise.

291 Die internationale Staatengemeinschaft muss sich darauf einigen, wie sie mit dem erwartbaren
292 Verlust ganzer Staatsgebiete umzugehen gedenkt. Wir machen uns dafür stark, dass
293 entsprechende Debatten und Verhandlungen mit deutlich mehr Nachdruck geführt werden als
294 bislang. Natürlich wird es auch hier darauf ankommen, eine frühzeitige und selbstbestimmte
295 Umsiedlung zu ermöglichen. Aber es geht um viel mehr. Wenn absehbar ist, dass beispielsweise

296 Inselstaaten im Pazifik vollständig verschwinden, müssen wir dringend festlegen, welche
297 Konsequenzen daraus für die Gewässerhoheit entstehen, insbesondere aber, ob die bisherigen
298 Bewohner*innen automatisch auch ihre Staatsangehörigkeit verlieren – und welche
299 völkerrechtlichen Folgen das für sie und ihren Schutzanspruch mit sich bringt. Für uns hat
300 es dabei oberste Priorität, dafür Sorge zu tragen, dass Staatenlosigkeit de facto und de
301 jure verhindert wird.

302 Vor diesem Hintergrund wollen wir auch die Idee eines Klimapasses international
303 vorantreiben, dessen individueller Ansatz den Betroffenen ermöglicht, selbstbestimmt über
304 ihre Migration zu entscheiden. Konkret böte der Klimapass von der Erderwärmung existenziell
305 bedrohten Personen die Option, Zugang zu Schutz und letztlich staatsbürgergleichen Rechten
306 in weitgehend sicheren Ländern zu erlangen – in der Region, gegebenenfalls auch in Europa
307 und weltweit. In einer ersten Phase sollte der Klimapass den Bevölkerungen kleiner
308 Inselstaaten, deren Staatsgebiet durch den Klimawandel unbewohnbar werden wird, angeboten
309 werden – um ihnen eine frühzeitige Umsiedlung in Würde zu ermöglichen und dem Verlust
310 grundlegender Rechte vorzubeugen. Als Aufnahmeländer stehen insbesondere Staaten mit
311 historisch oder gegenwärtig hohen Treibhausgasemissionen und somit großem Anteil an der
312 Erderwärmung in der Verantwortung.

313 Regionale Lösungsansätze müssen gestärkt sowie technisch und finanziell unterstützt werden,
314 bis hin zu lokalen Vereinbarungen über Mobilität und Rechtsschutz von Saisonarbeiter*innen,
315 Nomad*innen oder Viehtreiber*innen. Da es häufig Frauen und Kinder sowie Alte sind, die in
316 sozioökonomisch unterversorgten Regionen zurückbleiben, sollten sich auch Deutschland und
317 die Europäische Union im Rahmen ihrer Programme zur Stärkung von Anpassung und Resilienz

318 gezielt für alternative Einkommensmöglichkeiten und entsprechende Fortbildungsmaßnahmen
319 stark machen.

320 **Klimabedingte Flucht: Versorgung sicherstellen, Schutzlücken schließen**

321 Schon heute trägt die Klimakrise dazu bei, dass die Konkurrenz um knappe Ressourcen
zunimmt,
322 bestehende Konflikte befeuert oder neue ausgelöst werden. Dadurch können Situationen
323 entstehen, die einer Verfolgung im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechen – und
324 damit internationales Asylrecht begründen.

325 Zugleich nehmen Naturkatastrophen wie Fluten und Stürme in Intensität, Ausmaß und
Häufigkeit

326 zu – auch infolge der Klimakrise. Der Zusammenhang zu Erderwärmung und Klimakrise ist
327 komplex, aber wissenschaftlich anerkannt. Menschen aber, die vor plötzlichen
328 Extremwetterereignissen fliehen, sei es nun temporär oder dauerhaft, fallen bislang in eine
329 völkerrechtliche Schutzlücke. Insgesamt fällt im Kontext der Klimakrise nur ein Bruchteil
330 der Fluchtbewegungen unter den etablierten Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention. Das
331 entsprechende Vakuum müssen wir dringend auf anderem Wege füllen.

332 Mit Blick auf die Situation von Binnenvertriebenen machen wir uns vor diesem Hintergrund für
333 die konsequente Umsetzung der UN-Leitlinien betreffend Binnenvertreibung (Guiding Principles
334 on Internal Displacement) stark, die ausdrücklich auch Fälle von „natürlichen oder vom
335 Menschen verursachten Katastrophen“ und damit auch Extremwetterereignisse abdecken – und
die

336 Betroffenen explizit „vor der zwangsweisen Rückführung an einen Ort oder Neuansiedlung an
337 einem Ort“ schützen, „an dem ihr Leben, ihre Sicherheit, ihre Freiheit und/oder ihre
338 Gesundheit gefährdet wären“.

339 Insgesamt entfalten aktuell regionale flüchtlingspolitische Ansätze die größte, wenn auch
340 weiterhin begrenzte Schutzwirkung auf Betroffene. Diese Ansätze wollen wir unterstützen,
341 darauf wollen wir aufbauen. Die Afrikanische Flüchtlingskonvention beispielsweise sieht
342 Flüchtlingsschutz auch nach Ereignissen vor, die eine „erhebliche Störung der öffentlichen
343 Ordnung“ mit sich bringen. Auch die lateinamerikanische Cartagena Declaration erweist sich
344 vom Wortlaut her auf Extremwetterereignisse anwendbar.

345 Insbesondere die von der Afrikanischen Union aufgelegte Kampala-Konvention aber betrachten
346 wir als inspirierende Blaupause, da sie den Umgang mit Vertriebenen im Kontext der
347 Klimakrise aufgreift sowie Rechte und Garantien zugunsten von Binnengeflüchteten
348 festschreibt. Die mangelhafte Ratifizierung der Kampala-Konvention ist ein Missstand, den
349 nicht zuletzt Deutschland in seinen Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Afrikanischen
350 Union stets thematisieren sollte.

351 Vereinzelt geäußerten Vorschlägen, die Genfer Flüchtlingskonvention als solche zwecks
352 Überarbeitung zu öffnen, stellen wir uns gemeinsam mit zahlreichen flüchtlingspolitischen
353 Institutionen und Initiativen entgegen. Der Erarbeitung eines gesonderten Protokolls
354 wiederum stehen wir nicht prinzipiell ablehnend gegenüber, erachten die Chance einer
355 zeitnahen Einigung angesichts komplexer Definitions- und Umsetzungsfragen allerdings als
356 äußerst gering.

357 Für die adäquate humanitäre Unterstützung von Katastrophenvertriebenen wollen wir die
 358 internationale humanitäre Hilfe erhöhen und deren schnelle Koordinierung gewährleisten. Wir
 359 setzen uns für eine frühzeitige Übergangshilfe und einen schnellen Wiederaufbau vor Ort ein,
 360 damit Dörfer und Städte, damit Infrastruktur insgesamt rasch und entlang lokaler
 361 Schwerpunktsetzung wieder aufgebaut werden können.

362 Schließlich wollen wir Katastrophenvertriebenen eine existenzsichernde Unterstützung zur
 363 Verfügung stellen helfen, damit überhaupt erst die Chance auf einen würdevollen Neuanfang
 364 entsteht. Auch Rückkehrer*innen sind prinzipiell auf finanzielle Unterstützung und
 365 Starthilfe angewiesen. Wir schlagen vor, die notwendigen Mittel über den globalen
 366 Verursacherfonds zu generieren. Beispiele wie Uganda, wo Geflüchteten der Zugang zu
 367 Ackerland ermöglicht wurde, zeigen eindrucklich, wie wenig es bisweilen braucht, um das
 368 Ankommen zu erleichtern – und letztlich auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der
 369 aufnehmenden Region spürbar zu fördern.

370 Zusätzlich wollen wir gemäß den Empfehlungen des Globalen Paktes für sichere, geordnete und
 371 reguläre Migration die Kategorie des [subsidiären Schutzes](#) im Rahmen der EU-
 372 Anerkennungsrichtlinie (2011/95/EU) auf Katastrophenvertriebene ausweiten. Zugleich wird es
 373 nationale Lösungen benötigen. Unter anderem wollen wir deshalb die
 Familienzusammenführung
 374 wieder stärken und die im Schengen-Kodex vorgesehene Möglichkeit humanitärer Visa
 375 konsequenter nutzen – was letztlich auch den Betroffenen klimabedingter Flucht zugutekommen

376 könnte. Grundsätzlich wollen wir großzügige und verlässliche Aufnahmekontingente über das
 377 Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR)
 ermöglichen:

378 Deutschland und die anderen EU-Staaten sollten ihren Anteil an dem jährlichen, vom UNHCR
 379 ermittelten Resettlement-Bedarf entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen.

380 **Klimapolitik: international, feministisch, intersektional**

381 Gerade Frauen und Mädchen leiden überdurchschnittlich unter den klimatischen
 Veränderungen.

382 Sie stehen nicht nur größeren Risiken und Hürden entgegen, sondern werden vielfach auch
 383 durch gesellschaftlich-kulturelle Normen und Rollenbilder strukturell benachteiligt. Sie
 384 haben häufig einen ungleichen Zugang zu Ressourcen wie Zeit und Geld, zu Bildung und
 385 gesundheitlicher Versorgung, zu Beschäftigungsmöglichkeiten und Landrechten. Darunter leiden

386 Resilienz ebenso wie Anpassungsfähigkeit – ein Zustand, der im Zusammenhang der Klimakrise
 387 umso benachteiligender wirkt und konkrete Menschenrechtsverletzungen zur Folge hat.

388 Ähnliches gilt für Minderheiten und marginalisierte Gruppen. Im brasilianischen
 389 Amazonasgebiet beispielsweise leben fast 400 indigene Völker, die auf das intakte Ökosystem
 390 ökonomisch und kulturell angewiesen sind. Schätzungen zufolge sind bereits 150 Millionen
 391 Indigene von den Folgen des Klimawandels betroffen. Sehr häufig leben sie in sensiblen
 392 Ökosystemen wie kleinen Inselstaaten oder Atollen im Pazifik, in tropischen Regenwäldern, in
 393 arktischen Regionen, im Hochland der Anden und des Himalaya oder in den Wüstengebieten
 394 Afrikas; in Lebenswelten also, die stärker und unmittelbarer von der Klimakrise betroffen
 395 sind als andere.

396 Unsere Klimapolitik ist deshalb nicht nur internationalistisch, sondern zugleich
 397 feministisch und intersektional. Sie fasst die besondere Situation von Frauen und Mädchen,
 398 zugleich aber auch die Belange marginalisierter Gruppen ins Auge und nutzt die herausragende
 399 Rolle all dieser Akteur*innen. Gerade weil Frauen und marginalisierte Gruppen auf besondere
 400 Weise von der Klimakrise betroffen sind, kommt ihnen eine Schlüsselfunktion in der
 401 Bewältigung zu. Im Umkehrschluss heißt das: Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen
 sind
 402 stets auch Gelegenheit, bestehende Strukturen der Ungleichheit – bezogen auf die Verteilung
 403 von Macht und Ressourcen, zum Beispiel – aufzubrechen und damit mehr Gerechtigkeit,
 404 gleichwertige Lebensverhältnisse und Gleichberechtigung zu schaffen.

405 Unser prioritäres Ziel ist es, neben der eigentlichen Eindämmung der Klimakrise deren
 406 humanitäre Auswirkungen so gering wie möglich zu halten. Für uns leitet sich aus dem
 407 Verursacherprinzip konkrete, globale Verantwortung ab. Ambitionierter Klimaschutz, die
 408 Steigerung von Resilienz sowie ein vorausschauendes, am Menschen und seinen Bedürfnissen
 409 orientiertes Handeln sind dabei nicht nur Ausdruck von Klimagerechtigkeit, sondern ebenso
 410 Voraussetzung einer weltweiten Friedensdividende. Auch in unserer Klimapolitik stellen wir
 411 deshalb den Menschen in all seiner Würde und mit all seinen Rechten in den Mittelpunkt. Der
 412 stete Blick auf das Wissen und die Belange der besonders verletzlichen Menschen und
 413 marginalisierte Gruppen ist bei alledem kein beliebiger, sondern der Schlüssel schlechthin,
 414 um nachhaltige und friedliche Strukturen in Zeiten der Klimakrise zu festigen.

415 Wir sind überzeugt: Eine gleichberechtigte, gendergerechte Gesellschaft hat bessere
 416 Aussichten, ihre Umwelt zu schützen und die Klimakrise zu überwinden. Die Klimakrise ist
 417 nicht genderneutral; unsere Gegenmaßnahmen dürfen es auch nicht sein.

weitere Antragsteller*innen

Luise Amtsberg (KV Kiel); Filiz Polat (KV Osnabrück-Land); Ricarda Lang (KV Berlin-Friedrichshain/
 Kreuzberg); Anton Hofreiter (KV München-Land); Jürgen Trittin (KV Göttingen); Frithjof Schmidt (KV
 Bochum); Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim); Anja Margarete Helene Hajduk (KV
 Hamburg-Nord); Philipp Sewing (KV Berlin-Kreisfrei); Konstantin von Notz (KV Herzogtum
 Lauenburg); Christian Zwanziger (KV Erlangen-Stadt); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Agnieszka
 Brugger (KV Ravensburg); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Berti Furtner-Loleit (KV München); Jamila
 Schäfer (München KV); Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt-Weinstraße); Andreas Hoffmann
 (Braunschweig KV); Ulle Schauws (KV Krefeld); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf
 Antragsgrün eingesehen werden können.